Nr. 570. — Erstes Blatt.

Stettiner Zeitung.

Montag, 6. Dezember 1897.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Marinevorlage und die Parteien.

Die Fraktionen des Reichstages haben nun alle bereits Stellung zur Marinevorlage genommen. Die Konservativen stehen voll auf dem Boden derselben und aus deren Reihen wird die Vorlage warme Vertheidiger finden. Ueber die der Nationalliberalen berichtet die „Nat.-Lib. Korr.“: Die nationalliberale Fraktion des Reichstags hat das Flottengesetz durchberathen, sich einmuthig auf den Boden der Vorlage gestellt, und diese grundsätzlich als berechtigt und angemessen erachtet, um den Ausbau der Flotte in dem Maße zu gewährleisten, wie es die Wahrnehmung der Lebensinteressen des Reiches zur See verlangt.

Die Fraktion der freisinnigen Volkspartei hat beschlossen, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen. Desgleichen wird die Fraktion die dem Reichskanzler zugedachte Repräsentations-Zuwendung von jährlich 64 000 Mark ablehnen. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat vorgestern Abend ihre Vorberathung der Marinevorlage beendet. Die „Germ.“ theilt darüber nur mit: Den Standpunkt des Zentrums wird der Abg. Dr. Lieber bei der ersten Berathung darlegen. Die Vorlage wird zweifelsohne der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen werden, wenigstens wird das Zentrum einen Antrag auf kommissarische Berathung der Marinevorlage stellen. Nähere Angaben über die Sitzung macht ein Berichterstatter. Nach diesen Mittheilungen, die sich auf ihre Richtigkeit hin nicht prüfen lassen, herrscht in der Fraktion eine sehr starke Neigung, namentlich der in der Vorlage enthaltenen etatsrechtlichen Bindung entgegenzutreten. In dieser Richtung hätten sich besonders Redner aus Süddeutschland geäußert, die für sofortige entschiedene Opposition eintraten. Dieser Forderung sei jedoch von leitender Stelle entgegengetreten und die Politik der freien Hand für die nächste Zeit empfohlen worden. Diese Haltung soll angeblich mit den Missionsinteressen, besonders den Vorgängen in China, und mit der Rücksicht auf den Papst begründet worden sein, der auf Seiten der Missionen stehe. Dr. Lieber werde am Montag den Standpunkt des Zentrums in einer Weise darlegen, welche die Fraktion in keinem Punkte binde.

Die freisinnige Vereinigung ist nicht gegen einen Flottenerweiterungsplan, aber gegen die gesetzliche Festlegung des Planes auf 7 Jahre, sie ist bereit, die Forderungen für die Flotte zu bewilligen, wenn sie alljährlich aufgestellt werden und geprüft werden können. Die Sozialdemokraten werden, wie nicht anders zu erwarten, gegen die Vorlage auftreten.

Der Fall Dreyfus

hat nun auch die Pariser Deputirtenkammer beschäftigt und die Kriegsminister hat in einer Erklärung betont, „es gebe keine Dreyfus-Angelegenheit.“ Ueber der Sitzung selbst wird berichtet, der Deputirte Castelin befragte Meline über die Dreyfus-Angelegenheit und bittet ihn, die öffentliche Meinung und die Armee beruhigen zu wollen. Meline erklärte: „In diesem Augenblick giebt es keine Dreyfus-Angelegenheit und kann keine geben. (Beifall im Zentrum.) Ein Offizier ist des Verrathes beschuldigt worden, die Voruntersuchung ist abgeschlossen und das einleitende Verfahren eröffnet worden. Diese Entscheidung präjudizirt dem endgültigen Urtheil nicht. Da die Angelegenheit in den Händen der Militärgerichtsbarkeit liegt, kommt es weder der Regierung noch der Kammer zu, sich damit zu beschäftigen. Bis zur Entscheidung haben alle Bürger die Autorität einer res judicata zu achten. Diese Erklärungen werden hoffentlich einer Polemik ein Ziel setzen, die schon zu lange gedauert hat.“ (Zurufe links.) Meline fährt fort: „Ich glaube, man will aus dem Zwischenfalle eine politische Affaire machen.“ (Widerspruch auf der äußersten Linken, Beifall im Zentrum.) Castelin bemerkt, er nehme Akt von der Erklärung des Ministerpräsidenten Meline, daß kein Zusammenhang zwischen der Angelegenheit Dreyfus' und derjenigen des Majors Esterhazy bestehe. Sembat verlangt, die Anfrage in eine Interpellation umzuändern. Meline nimmt dieses Verlangen an und erklärt, er habe seinen früheren Ausführungen nichts hinzuzufügen. De Mun bedauert, daß der Kriegsminister Billot nicht anwesend sei, um die Armee zu vertheidigen, deren Generalstabschef man angegriffen habe. (Langanhaltender Beifall.) Die Sitzung wird hierauf unterbrochen, um die Auskunft des Kriegsministers zu erwarten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlangt der Kriegsminister Billot unter allgemeiner Aufmerksamkeit und Bewegung der Kammer das Wort. Er erklärt: „Es giebt keine Dreyfus-Angelegenheit. Dreyfus ist zu Recht gerichtet und verurtheilt worden. (Beifall im Zentrum.) Dreyfus ist schuldig. (Erneuter Beifall.) Was die Esterhazy-Angelegenheit angeht, so ist das Verfahren eingeleitet. Die Sache liegt in den Händen der Justiz. Niemand wird an der Unparteilichkeit des Verfahrens zweifeln.“ (Beifall.) Der Kriegsminister schließt: „Ich bedauere, Verleumdungen gegenüber waffenlos zu sein, die den Generalstabschef berühren, und bitte die Kammer dringend, dazu beizutragen, daß dieser widerwärtigen Kampagne ein Ende gemacht werde.“ (Lebhafter Beifall.) De Mun erklärt sich für befriedigt. Die Diskussion wird geschlossen. Meline nimmt von sieben Tagesordnungen nur diejenige an, welche von Lavertujon eingebracht ist und lautet: Die Kammer welche die Autorität des rechtskräftigen Urtheils achtet und sich der Huldigung anschließt, die der Kriegsminister der Armee erwiesen hat, geht zur Tagesordnung über. Der erste Theil der Tagesordnung wird mit 490 gegen 18, der zweite mit 523 gegen 18 Stimmen angenommen. Ein Zusatz Marcel Haberts, welcher die Urheber der abscheulichen Kampagne, welche unternommen sei, um das öffentliche Gewissen zu beunruhigen, brandmarkt, wurde mit 154 gegen 77 Stimmen angenommen. Die Mehrzahl der Deputirten war schon nach Hause gegangen.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** hat bei seiner jüngsten Anwesenheit in Barby dem Hauptmann der Landwehrinfanterie Placke den Charakter als Major verliehen. Placke, der Grubenbesitzer in Aken a. E. ist, hat sich im Kriege gegen Frankreich als Lieutenant der Reserve des 67. Infanterie-Regiments derartig ausgezeichnet, daß er das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielt. Außer ihm besitzt nur noch noch ein Landwehroffizier diese seltene Auszeichnung. — Der Provinzial-Steuerdirektor für die Rheinprovinz Geheimer Ober-Finanzrath Dr. Fehre ist zum **Generaldirektor der indirekten Steuern** ernannt worden. — Am gestrigen Sonntag vollendete einer der angesehensten und menschenfreundlichsten Berliner Anwälte, **Geheimer Justizrath Theodor Lesse**, das siebzigste Lebensjahr. — **Dr. Heinrich Homberg**, der langjährige Direktor der Bremer Seefahrtsschule, ist in den Ruhestand getreten. — Dem „Posener Tageblatt“ zufolge soll der Kommandeur des Grenadier-Regiments Graf Kleist von Nollendorf, **Oberst von Prittwitz und Gaffron**, Nachfolger des Generalmajors Baron im Kommando der 20. Infanterie-Brigade werden. Hauptmann Quentin vom Grenadier-Regiment Graf Kleist, der seinen Abschied eingereicht hat, soll Chef der Lippe-Detmoldschen Gendarmerie werden. — Der Vorsitzende des ständigen Hülfskomitees von Würtemberg, Staatsrath von Moser, hat an den Magistrat und die Stadtverordneten Berlins ein in den wärmsten Ausdrücken gehaltenes Schreiben gerichtet, in welchem er namens seiner Landsleute für die den **Nothleidenden Würtembergs** überwiesene reiche Unterstützung dankt, welche nicht zum geringsten Theil aus der hochherzigen Spende der Stadtgemeinde Berlin geflossen sei. Das Dankschreiben des Herrn von Moser soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung zur Verlesung gelangen. — Der **Landrath Freiherr von Schorlemer-Alst** zu Neuß, ein Sohn des verstorbenen Zentrumsführers, wurde als Oberpräsidialrath nach Breslau versetzt. — In der Generalversammlung der **Ortskrankenkasse** zu Köln für die im stehenden Gewerbebetrieb beschäftigten Personen wurde die Frage, ob die Mitglieder einen sogenannten **Kneippazt** ohne Befragung eines Kassenarztes und Mittheilung an den Vorstand konsultiren dürfen, verneint und der Antrag auf feste Anstellung eines solchen Arztes abgelehnt. — Mehreren Geschäftsleuten zu Wiesbaden wurden von der **Steuerbehörde** hohe **Nachforderungen** zugestellt, darunter Beträge von über 100 000 Mark.

Deutschland.

Berlin, 6. Dezember. In einer am Sonnabend stattgehabten Sitzung des großen Ausschusses des Zentralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt beschäftigte sich dieser zunächst mit der gesetzlichen Regelung der Nachtruhe im Schiffergewerbe und wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Der Zentralverein hält eine Festlegung der Nachtruhe im Binnenschifffahrts-Gewerbe für nicht nothwendig, muß aber jedenfalls eine einseitige Regelung derselben ablehnen. Eine Untersuchung der Arbeiterverhältnisse im Binnenschifffahrtsbetriebe muß gleichzeitig auf die Angestellten und Bediensteten im Eisenbahnbetriebe ausgedehnt werden.“

Nach einem Referat über „Die gegenwärtige Entwickelung des Verkehrswesens und zwar speziell des Kohlenverkehrs“ gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Erfahrung lehrt, daß die Eisenbahnen dem Anwachsen des Verkehrs gegenüber für längere Zeit in zunehmendem Maße regelmäßig versagen. Im Interesse des gesamten Verkehrs muß es deshalb liegen, den Hauptbahnen durch den Ausbau des Wasserstraßennetzes eine Entlastung zu sichern, wie andererseits den Verkehr durch Entwickelung des Kleinbahnwesens weiter zu fördern.“

— Der „Vorwärts“ schreibt: In der Sache Normann-Schumann war Bebel vorgestern vor die Staatsanwaltschaft geladen, um in der Anklage gegen Normann-Schumann wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch seine Artikel im „Memorial diplomatique“, als Zeuge vernommen zu werden. Ferner wurde Bebel mitgetheilt, daß der Oberstaatsanwalt die von Normann-Schumann wider ihn eingereichte Denunziation wegen Meineids als unbegründet zurückgewiesen habe.

— Am Sonnabend wurden in der Verlagsbuchhandlung von Hermann Walther hierselbst die Bestände der Broschüre des zur Zeit auf Ehrenbreitstein eine Festungshaft verbüßenden früheren Rittmeisters Freiherrn von Ehrhardt beschlagnahmt. Die Broschüre, betitelt „Ehre und Spiritismus vor Gericht“, soll fortgesetzte Beleidigungen des Offizierehrenrathes in Düsseldorf durch den Vorwurf der Parteilichkeit und Rechtsbeugung enthalten.

— Die Unterschiede zwischen dem Entwurf der Reichs-Militärstrafprozeßordnung und dem jetzt in Baiern geltenden Gesetze werden von den „Münch. Neuest. Nachr.“ wie folgt hervorgehoben: Was zunächst die Gerichtsverfassung anlangt, so wird nach dem Entwurf die Gerichtsbarkeit ausgeübt durch den Gerichtsherrn und die erkennenden Gerichte. Hieraus ergiebt sich schon, daß weitere Stellen von ausschlaggebender Bedeutung, z. B. Anklagekammern oder Verweisungssenate, durch welche nach der baierischen Militärstrafgerichtsordnung über die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen wird, nicht existiren. Der Gerichtsherr ist nach der baierischen Militärstrafgerichtsordnung insofern unabhängig, als ihm die Anordnung eines Strafverfahrens von oben nicht befohlen werden kann, während nach dem Entwurf der höhere Gerichtsherr den niederen anweisen kann, eine Untersuchung einzuleiten oder fortzusetzen. Der unabhängige und allein verantwortliche Untersuchungsrichter der baierischen Militärstrafgerichtsordnung würde somit beseitigt werden. Ebenso würden, wie bereits erwähnt, die aus drei Militärjustizbeamten, beziehungsweise aus zwei solchen und einem Offizier bestehenden unabhängigen Verweisungssenate, wie sie in Baiern bestehen, ausgeschaltet werden. Für Baiern bedeutet die Art und Weise der Zusammensetzung der Gerichte eine gewaltige Umwälzung. Die Abschaffung des umständlichen, für das Feld nicht geeigneten Geschworenenverfahrens ist vielleicht nicht sehr zu bedauern. Dagegen wird die Verdrängung des juristischen Elements, welches gewiß im Verhältniß zu den Offizieren eine unabhängigere Stellung einnimmt, nicht gleichgültig hingenommen werden können. Der erkennende Senat des baierischen Generalauditoriats besteht, wie an dieser Stelle hervorgehoben werden soll, in richtiger Würdigung des Umstandes, daß dasselbe nur über Rechtsfragen zu entscheiden hat, ausschließlich aus juristischen Mitgliedern. Auch die Vertheidigung wird in dem Entwurf gegenüber der baierischen Militärstrafgerichtsordnung wesentlich beschränkt. Bei den Standgerichten ist die Zuziehung eines Vertheidigers gänzlich ausgeschlossen. Rechtsanwälte, welche im baierischen Verfahren in allen Fällen auftreten könnten, dürfen nur in Fällen der höheren Gerichtsbarkeit auftreten, und auch hier nur, insoweit als es sich um bürgerliche Verbrechen und Vergehen handelt und soweit sie zum Auftreten vor den Militärgerichten zugelassen sind.

— Die Abgeordneten Freiherr v. Heyl und Prinz Schönaich-Carolath haben, nach der „Frkf. Ztg.“, einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Arbeiterschutz in Werkstätten der Hausgewerbetreibenden betrifft und die Arbeitszeit der in offenen Verkaufsstellen, in Schank- und Gastwirthschaften beschäftigten weiblichen Personen regelt.

— Die Sozialdemokraten haben beim Reichstag neun Anträge resp. Gesetzentwürfe eingebracht, nämlich 1. einen Gesetzentwurf betreffend die Gewährung der vollen Versammlungs- und Vereinsfreiheit für beide Geschlechter; 2. einen Antrag auf Errichtung von obligatorischen Gewerbegerichten und Ausdehnung ihrer Kompetenz; 3. einen Gesetzentwurf auf Aufhebung der Majestätsbeleidigungsparagraphen; 4. einen Antrag auf Ausdehnung der Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und das Gesinde; 5. einen Antrag auf Vorlegung eines Reichsberggesetzes, 6. einen Antrag auf Schaffung einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde, die nach Inspektionsbezirken zu organisiren ist und der alle Gewerbetriebe, einschließlich der Heimarbeit, Handels-, Verkehrs-, Bergbau-, land- und forstwirthschaftlichen, Fischerei- und Schifffahrtsbetriebe zu unterstellen sind; 7. einen Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Artikels 31 der Reichsverfassung dahin, daß auf Verlangen des Reichstags nicht nur jede Untersuchungs- und Zivilhaft, sondern auch jede Strafhaft, für ein Reichstagsmitglied für die Dauer der Session aufgehoben werden muß; 8. einen Antrag auf Festsetzung einer achtstündigen täglichen Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnisse im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen; 9. einen Gesetzentwurf auf Aufhebung der Ausnahmegesetze in Elsaß-Lothringen. — Die meisten der Anträge sind alte Bekannte und dienen nur agitatorischen Zwecken.

— Ueber die Stellung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zum Jesuitenantrag des Zentrums giebt eine Auslassung der „Nat.-Lib. Korr.“ Auskunft, worin u. A. gesagt wird: Das Reich, das zu verhüten hat, daß eine auf politischen Machtkampf zugespitzte, vom Ausland aus vermittelst des unbedingten Gehorsams geleitete Organisation die deutsche Bevölkerung religiös gegen einander hetzt und den Klerus zur Unduldsamkeit zwingt, kann es auch vor den katholischen Reichsangehörigen verantworten, wenn es die Zeit noch lange nicht gekommen sieht, sich mit einer freien Ordensthätigkeit der Jesuiten abzufinden. Und auf diesem Standpunkt kann die Reichsregierung mit Ehren stehen bleiben, wenn auch ein parteioffiziöser Artikel in allen Zentrumsblättern versicherte, daß nur eine „Handvoll Fanatiker“ gegen die Rückberufung der Jesuiten sei.

— Wie ein Berichterstatter meldet, besteht bei den verbündeten Regierungen keine Neigung, auf die Anträge der Abgeordneten Dr. Rintelen und v. Salisch, die die einzelnen Gebiete der gescheiterten Justiznovelle besonders behandeln wollen, einzugehen.

— Zu der Revision der Unfallversicherung hat der Zentralverband deutscher Industrieller in der schon erwähnten Denkschrift folgende prinzipielle Stellung genommen: Der Zentralverband hat anerkannt, daß einige Bestimmungen des bestehenden Gesetzes beanstandet und demgemäß verbessert werden könnten; es wird jedoch nicht bestritten werden können daß trotz der Mängel das Gesetz und die von ihm geschaffenen Organisationen sich im höchsten Maße bewährt haben und daß mit ihnen in zwölfjähriger Wirksamkeit, im Sinne der unvergeßlichen Botschaft des großen Kaisers vom 17. November 1881, gewaltige Erfolge auf sozialpolitischem Gebiete erreicht worden sind. Das Streben der Reichsbehörden, jene Mängel zu beseitigen, hat der Zentralverband s. Zt. dankbar anerkannt, er hat aber weiter erkennen müssen, daß jeder dahin zielende Versuch von der Sozialdemokratie und den in dieser Beziehung und in Feindseligkeit gegen die Betriebsunternehmer gleich oder ähnlich gesinnten Parteien dazu benutzt worden ist und wohl auch künftig benutzt werden wird, um das ganze Gesetz in seinen grundlegenden Bestimmungen und in einer weit über die Absichten der Regierung hinausgehenden Weise zu ändern. Von dem Zentralverbande aber werden solche Aenderungen als gründliche Verschlechterungen des Gesetzes und als eine Gefährdung des Bestandes der Unfallversicherung erachtet. Daher hält der Zentralverband es für wünschenswerth und besser, daß, solange die geschilderten Gefahren in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags fort bestehen, auf den Versuch gänzlich verzichtet werden möchte, Mängel zu beseitigen, durch welche die im höchsten Grade segensreiche Wirksamkeit des Gesetzes für die versicherten Personen, d. h. für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, bisher in keiner Weise beeinträchtigt ist.

— Auf das Verlangen der Konservativen, daß der Bund der Landwirthe seine zweideutige Haltung aufgebe und die Begünstigung der Mandatshascherei der Antisemiten unterlasse, hat die „Deutsche Tageszig.“ eine lange, äußerst gewundene Antwort, der wir folgende hübsche Stelle entnehmen:

„Auf Seiten der deutsch-sozialen Reformpartei tritt man mitunter mit Ansprüchen hervor, die ihre Begründung mehr in dem „guten Willen“ als in konkreten Machtverhältnissen finden und daher nicht gutgeheißen werden können. Das kann aber die generelle Verurtheilung dieser Partei, wie sie gelegentlich mit von leitender Stelle der Konservativen ausgesprochen ist, nicht rechtfertigen. Damit wird der Durchführung der, wie gesagt, vielfach gemeinsamen politischen und wirthschaftlichen Programmpunkte beider Parteien nicht genutzt. Noch weniger geschieht das, wenn einige minder intelligent geleitete konservative Organe wirthschaftliche Organisationen, wie den Bund der Landwirthe, aufrufen wollen, in Bezug auf die Mandatsgegnerschaft zwischen beiden Parteien generell Partei für oder wider zu ergreifen. An einem solchen Verlangen muß man mit mitleidigem Lächeln vorübergehen.“

— Die „K. Ztg.“ verbreitet sich an leitender Stelle über die deutsch-chinesischen Verwicklungen und sagt bezüglich des etwaigen Bündnisses Chinas und Japans: Dank der verpflichtenden ostasiatischen Dreibundspolitik von 1895 finde Japan auch heute eine Koalition Deutschlands, Rußlands und Frankreichs auf dem Plan, gegen die ihm jetzt wie damals jeder Widerstand aussichtslos erscheinen müsse. Versuche es trotzdem, sich gegen sie aufzulehnen, so wäre die ziemlich sichere Folge, daß Rußland vollends Hand auf Korea lege und damit den Einfluß Japans als militärische Macht Ostasiens für unabsehbare Zeit matt setze. Wir halten, sagt das Blatt, für wahrscheinlich, daß die klugen Staatsmänner Japans sich dieser Einsicht nicht verschließen und aus ihrer beobachtenden Haltung nicht heraustreten werden.

— Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist der Friedensvertrag am Sonnabend unterzeichnet worden. Die Botschafterversammlung beschloß die Verhandlungen über Kreta geheim zu halten. Die Bestätigung des Friedensvertrages muß in spätestens 14 Tagen erfolgen. Für den Abschluß eines definitiven Handelsvertrages ist eine zweijährige Frist festgesetzt. Die ottomanischen Konsule für Griechenland sind für sämtliche Posten bereits bezeichnet. Das ottomanische Konsulat in Athen ist auch wiedereröffnet.

— Gouverneur v. Puttkamer, der bekanntlich im Januar kommenden Jahres wieder nach Deutschland kommen will, hat sich noch kurz vor seiner Abreise aus Kamerun eine ernste Niederlage geholt. Nach einer Meldung der „Magdeb. Ztg.“ aus Kamerun vom 14. November hatten die deutschen Behörden einen Strafzug gegen die Eingeborenen im Hinterlande von Batanga angeordnet. Nicht weit von der Küste bei Bano fand ein Kampf statt. Die Truppen waren nicht stark genug, sich einen Weg ins Innere zu bahnen. Sie mußten sich nach Batanga zurückziehen, um Verstärkungen heranzuziehen.

— Die „Vollständige Anciennetätsliste der Offiziere der Feld- und Fuß-Artillerie des deutschen Reichsheeres und der Zeug- und Feuerwerksoffiziere“, abgeschlossen den 3. Dezember, ist eine Sonderausgabe der Anciennetätsliste der Offiziere des deutschen Reichsheeres und der kaiserlichen Marine“, welche Anfang April d. J. in ihrem 40. Jahrgang (bei A. Hopfer in Burg) erschienen ist. Den Ranglisten entsprechend, sind die Offiziere der königl. preußischen Armee und des 13. (königl. würtembergischen) Armeekorps, der königl. baierischen und der königl. sächsischen Armee getrennt aufgeführt. Die Liste enthält eine Eintheilung der Artillerie, deren Standorte und die Errichtungsjahre der Truppentheile. Preußen und Würtemberg zählen 40 Artilleriegenerale. Von der Feldartillerie kommandiren zwei Generale Divisionen (4. und 13. Division). Zwei sind Gouverneure von Metz und Thorn, einer ist Direktor der Kriegsakademie, zwei sind Kommandanten von Straßburg und Koblenz. Neu besetzt sind seit Jahresfrist die 1., 2., 7., 9., 10. und 15. Feldartillerie-Brigade, die 1. Fußartillerie-Inspektion, die 1. und 4. Fußartillerie-Brigade. Die Dienstaltersverhältnisse der Feld- und Fußartillerie der königl. preußischen Armee und des 13. (königl. würtembergischen) Armeekorps ergiebt folgende Zusammenstellung:

Es sind in ihrer Charge die ältesten

	Feldartillerie		Fußartillerie
Obersten	seit 94	(S.-Lts. seit 63/68)	96 (66/69)
Oberstlieuts.	„ 96	(„ „ 66/69)	95 (67/72)
Majors	„ 91	(„ „ 68/73)	91 (69/75)
Hauptleute	„ 89	(„ „ 72/84)	88 (74/85)
Pr.-Lieuts.	„ 91	(„ „ 84/90)	93 (85/90)
Sek.-Lieuts.	„ 90		90

Das Chargengehalt der Hauptleute 1. Klasse beziehen die Hauptleute, die im Herbst 1893 hierzu befördert sind. Bei der Feldartillerie sind einige Obersten etatsmäßige Stabsoffiziere, bei der Fußartillerie kommandiren bereits Majore Regimenter. Baiern führt 3 Generallieutenants, darunter den Kommandeur der 2. Division, und 9 Generalmajors bei der Artillerie; zu letzteren gehört der Direktor der Kriegsakademie und der Präses der preußischen Artillerie-Prüfungskommission. Zu ihrer Charge sind befördert die ältesten Obersten seit 1895, die Oberstlieutenants seit 1896, die Majors seit 1894. Die ältesten Hauptleute, Premierlieutenants und Sekondelieutenants der Feldartillerie sind 1890 bezw. 1892 und 1891, die gleichen Chargen der Fußartillerie 1890, 1893, 1892 ernannt.

— Landesrath M. Brandts in Düsseldorf hat in der Zeitschrift „Arbeiterwohl“ zwei bemerkenswerthe Aufsätze erscheinen lassen, welche die Aufgaben von Gemeinden und Staat in der Wohnungsfrage betreffen und soeben auch als Sonderschrift erschienen sind. Brandts will durch den Bebauungsplan und die verbesserte Bauordnung die Entstehung des kleinen Hauses begünstigen, der Verbreitung des Massenmiethhauses entgegenwirken, tritt also ganz in die Fußstapfen der Bestrebungen des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Er will aber auch die Offenlegung recht vieler neuer Straßen durch die Gemeinde und durch Private, um das Angebot von Baugrundstücken zu vermehren und die Bodenpreise mäßig zu halten. Die Gemeinden sollen ferner durch ein möglichst ausgedehntes Straßenbahnnetz die zerstreute Ansiedelung erleichtern und gemeinnützige Baugesellschaften nach Kräften unterstützen. Der Verfasser will ein Wohnungspolizeigesetz gegen die schlechte Beschaffenheit und Uebervölkerung vieler Wohnungen der unbemittelten Klassen und insbesondere die kräftige Betheiligung des Staates an der Lösung der Wohnungsfrage durch Einsetzung staatlicher „Generalkommissionen für städtischen Grundbesitz“ und staatlicher „Baubanken“. Die letztern Vorschläge klingen sehr nach übertriebenem Staatssozialismus; dieser Schein verliert sich aber bei aufmerksamer Würdigung der Brandtsschen Ausführungen. Er will keineswegs den Wohnungsbau durch Staat und Gemeinde, sondern die nachhaltige, organisirte Unterstützung und Aneiferung der privaten Thätigkeit, namentlich der gemeinnützigen Baugesellschaften durch staatliche und kommunale Organe, die über Darlehen aus öffentlichen Mitteln verfügen und mit gesetzlichen Befugnissen ausgestattet sein sollen. So unterscheidet Brandts sich wesentlich von Lechler-Schäffle; seine Schriften verdienen die Aufmerksamkeit aller, die sich mit der städtischen Wohnungsfrage beschäftigen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Prager und Grazer Vorgänge sind auch bereits in der österreichischen Delegation zur Sprache gekommen. Kaftan kritisirt das Vorgehen des Militärs in Prag und stimmt dem Vorredner Hofmann von Mellenhof darin zu, daß es ein Fehler gewesen sei, bosnisches Militär zur Unterdrückung der Unruhen in Graz zu verwenden. Redner führt einzelne auf das Vorgehen des Militärs in Prag bezügliche Fälle an und bittet den Minister um strenge Weisungen und Belehrungen an die in Prag garnisonirenden Truppen. Schließlich bespricht Redner die Sprachenfrage in der Armee und verlangt, daß die Regimentssprache streng von der Kommandosprache getrennt werde, und daß die Offiziere der Regimentssprache mächtig seien. Der deutschvolkliche Abgeordnete Kaiser führt aus, das Verhältniß der Armee zur Bevölkerung sei stets ein ausgezeichnetes gewesen, er wünsche, es möge stets eine vorurtheilslose Beurtheilung platzgreifen. Redner spricht der Kriegsverwaltung seinen Dank für das Verhalten der Armee während der elementarischen Ereignisse in der letzten Zeit aus; seine Partei könne jedoch für das Heeresbudget nicht stimmen, da das Verhältniß zwischen Oesterreich und Ungarn in Bezug auf die Vertheilung der Kosten ein ungerechtes sei. Die Christlich-Sozialen Dr. Scheicher und Axmann erklären, aus demselben Grunde gegen das Kriegsbudget stimmen zu wollen. Beide, sowie der deutsch-volkliche Abgeordnete Kienmann wünschen eine Herabsetzung der aktiven Dienstpflicht auf zwei Jahre. Der Pole von Gniewosz nimmt das Militär wegen seines Verhaltens während der Unruhen in Schutz und erklärt, die Polen würden für die Armee stets alles thun, was in ihren Kräften steht. Die Generaldebatte wird darauf geschlossen.

Wien, 5. Dezember. Falls heute der letzte Versuch des Ministerpräsidenten, ein Einvernehmen zwischen den Parteien herzustellen, mißglücken sollte, so werden morgen auf Grund des § 14 alle wirthschaftlichen Verträge zwischen Oestereich und Ungarn, welche Ende d. J. ablaufen, für die Dauer eines Jahres auf Grund des status quo verlängert werden.

Wien, 5. Dezember. Der Chef der österreich-ungarischen Marine, Admiral Freiherr von Sterneck, der noch der gestrigen Sitzung der Delegationen in bestem Wohlsein beiwohnte, wurde heute 1 Uhr Nachmittags von einem Herzschlage dahingerafft. Den Namen des verstorbenen Admirals verzeichnet Oesterreichs Kriegsgeschichte mit goldenen Lettern. Sterneck führte die Entscheidung des großen Sieges Tegetthoff's bei Lissa herbei, indem er als Kommandirender des Admiralschiffes Italiens größtes Kriegsschiff „Re d'Italia“ in den Grund bohrte. Nach Lissa wurde Sterneck Kommandirender der Marine, deren ausgezeichnete Reorganisation sein Werk ist. Sterneck feierte erst vor wenigen Monaten sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Prag, 5. Dezember. Die Nacht ist hier ruhig verlaufen, doch lauten die Nachrichten aus der Provinz noch immer ungünstig.

Frankreich.

Paris, 5. Dezember. Heute fand zwischen den Abgeordneten Reinach und Millerand wegen der gestern in der Kammer von Millerand gemachten Anspielungen auf die Familie Reinach ein Pistolenduell bei Charillon statt. Es fand zweimaliger Kugelwechsel statt; das Duell verlief unblutig.

Italien.

Rom, 5. Dezember. Der König empfing heute Nachmittag $2^1/_2$ Uhr den deutschen Botschafter Frhrn. Saurma v. d. Jeltsch in feierlicher Audienz zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens. Der Botschafter wurde in drei Hofgalawagen, welchen eine Militärabtheilung voransritt, mit den Mitgliedern der Botschaft aus dem Palazzo Caffarelli abgeholt. Der Zeremonienmeister Fürst Monterodoni geleitete den Botschafter nach dem Quirinal, wo der Oberzeremonienmeister Graf Gianotti denselben an der oberen Treppe empfing und ihn durch die königlichen Gemächer bis zum Thronsaale führte. Der König nahm, umgeben von seinem Zivil- und Militär-Hofstaat, das Beglaubigungsschreiben des Botschafters entgegen, welcher alsdann die Mitglieder der Botschaft vorstellte. Der Empfang trug einen außerordentlich herzlichen Charakter. Der König richtete sehr huldvolle Worte an den Botschafter. Irgend eine offizielle Ansprache wurde, dem am italienischen Hofe üblichen Gebrauche gemäß, nicht gehalten. Nach dem Empfange wurde der Botschafter in derselben feierlichen Weise nach dem Botschaftspalais zurückgeleitet.

England.

London, 5. Dezember. „Standard“ meldet aus Newyork, Rußland mache in San Francisco große Waffen- und Munitionseinkäufe. Reisende aus Wladiwostock erzählen, es herrsche in der dortigen Garnison eine rührige Thätigkeit.

Rumänien.

Bukarest, 5. Dezember. Die rumänischen Dörfer Adola, Solino und Smise in Epirus haben sich gegen die Griechen erhoben. Die Rumänen wurden von türkischem Militär unterstützt und gab es auf beiden Seiten viele Todte.

Arbeiterbewegung.

— Ueber die jugendlichen Fabrikarbeiter und die erwachsenen Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1896 entnehmen wir dem neuesten reichsstatistischen Vierteljahrshefte folgende Angaben: Die

Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist seit dem Vorjahr von 37 616 auf 40 339 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter beträgt 244 860 gegen 221 749 im Jahre 1895, ist also um mehr als 23 000 oder 10 vom Hundert gestiegen. Unter ihnen befanden sich 3343 (im Vorjahre 2669) männliche und 1969 (1658) weibliche Kinder unter 14 Jahren, ferner 159 214 (143 441) männliche und 80 334 (73 981) weibliche junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Die meisten jugendlichen Arbeiter beschäftigte die Textilidustrie mit 62 409; dann folgen die Metallverarbeitung mit 31 515, die Industrie der Steine und Erden mit 29 576 und die Maschinenindustrie mit 25 247. Erwachsene Arbeiterinnen beschäftigten 32 823 Fabriken gegen 30 222 im Vorjahr. In ihnen wurden im Ganzen 699 579 Arbeiterinnen beschäftigt gegen 664 116, so daß gegen das Vorjahr eine Steigerung um 35 000 oder v. H. stattgefunden hat. Unter den Arbeiterinnen befanden sich 270 266 (im Vorjahr 260 303) 16 bis 21 Jahre alte und 429 313 (403 813) über 21 Jahre alte. Fast die Hälfte aller erwachsenen Arbeiterinnen, nämlich 335 172 wurden in der Textilindustrie beschäftigt; demnächst folgen die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 99 317, der Bekleidung und Reinigung mit 58 004 und Papier- und Lederindustrie mit 46 085. Die starke Zunahme der jugendlichen Arbeiter und der erwachsenen Arbeiterinnen rechtfertigt unsere neulich ausgesprochene Annahme, daß seit der letzten Berufszählung vom 14. Juni 1895 in Deutschland der Antheil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung im weiteren sehr starken Steigen begriffen ist.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 6. Dezember. Am gestrigen Sonntage war in Folge der länger währenden Verkaufszeit in den Straßen der Altstadt ein lebhafter Verkehr zu bemerken, zum lebhaften Bedauern der Geschäftsinhaber allerdings fast nur auf den Straßen, denn die Läden blieben noch meist leer. Nun, dieser erste von den drei Weihnachtssonntagen pflegt je stets vorwiegend dem Anschauen der ausgestellten Herrlichkeiten gewidmet zu werden und dürfen die Geschäftsleute also noch auf ein Erwachen der Kauflust hoffen. An Auswahl für nützliche Geschenke wie für Luxusartikel ist nirgends Mangel, sodaß allen Ansprüchen Genüge geleistet werden kann und mag deshalb auch in diesem Jahre wieder die Mahnung an das Stettiner Publikum ergehen, die Weihnachtseinkäufe hier am Orte zu machen.

* Nach einer Mittheilung der kaiserlichen Oberpostdirektion werden am 19. Dezember, dem Sonntage vor Weihnachten, die Annahme- und Ausgabeschalter für Packete bei den Postanstalten wie an den Wochentagen für den Verkehr mit dem Publikum offen gehalten werden.

— Wenn von einem Prozeß der Stadt Stettin die Rede ist, so kann man ziemlich sicher sein, daß dies fast gleichbedeutend ist mit einem von der Stadt verlorenen Prozeß und auch heute müssen wir wieder von einem solchen Mittheilung machen. In der Prozeß-Sache der Stadtgemeinde gegen den Pommerschen Industrie-Verein auf Aktien wegen Wiedererstattung der Kosten des bekannten Eckerberger Prozesses in Höhe von 39 182,60 Mark ist in der Sitzung des Reichsgerichts zu Leipzig vom 4. d. M. die Stadt mit ihrer Klage in letzter Instanz abgewiesen worden.

— Zum Nachfolger des verstorbenen Propstes Jahnel ist der Geistliche Rath Karl Neuber zum fürstbischöflichen Delegaten für Berlin, Brandenburg und Pommern ernannt worden. Zugleich wurde er zum Propst an St. Hedwig zu Berlin ernannt. Herr Neuber war bisher Pfarrer von St. Sebastian daselbst.

— Dem Frl. Justine Havemann zu Anklam ist das goldene Erinnerungskreuz für 40jährige treue Dienste verliehen.

* Dem Anschläger Albert Braun, Pionierstraße 65 wohnhaft, ist für Rettung des Knaben Alex Ebert vom Tode des Ertrinkens die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr verliehen und durch den Herrn Polizeipräsident Dr. von Zander überreicht worden.

— Die Hirschberger Handelskammer hat sich mit einer Angelegenheit beschäftigt, die für Mitglieder des Handels- und Kaufmannsstandes, die Angehörigen der Industrie und des Gewerbes von besonderem Interesse ist. Es handelt sich um die Anberaumung der Schwurgerichtssitzungen. Bereits im Jahre 1889 hatte der Vorsitzende der Hirschberger Handelskammer in deren Namen an den Justizminister eine Eingabe gerichtet, in der ersucht wurde, den Beginn der Schwurgerichtsperioden nicht in die ersten drei Tage nach Quartalsanfang zu verlegen. Es war dabei darauf hingewiesen, wie stark die Angehörigen der Industrie, des Handels und Gewerbes gerade in diesen Tagen beschäftigt sind und daß es ihnen in Folge dessen in dieser Zeit sehr schwer würde, das Ehrenamt eines Geschworenen auszuüben; eine Vertretung sei in den geschäftlichen Obliegenheiten sehr häufig nicht zu erhalten und auch nicht möglich. Der Justizminister hat damals in Würdigung dieser Vorstellungen geantwortet, daß bei Anberaumung der Schwurgerichtssitzungen nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden wird, sie nicht in die ersten Tage der Quartale zu verlegen. Nun soll die erste Schwurgerichtsperiode nächsten Jahres in Hirschberg aber doch am 3. Januar stattfinden; das ist also nicht nur Quartalsanfang, sondern auch der Anfang eines neuen Jahres. Daß dadurch die oben angeführten Mißhelligkeiten noch größer werden, liegt auf der Hand. Dazu kommt noch, daß der erste Januar auf Sonnabend, der zweite auf Sonntag fällt, also die Geschäfte an diesem Tage ruhen müssen. Die Hirschberger Handelskammer beschloß daher, wie wir dem „Boten a. d. Rsgb." entnehmen, einstimmig auf Antrag des Vorsitzenden, eine Eingabe an den Justizminister zu richten, daß im Allgemeinen verfügt werde, die Schwurgerichtssitzungen nicht vor Ablauf der ersten Woche des Quartals anzusetzen und daß speziell der Anfang der ersten nächstjährigen Schwurgerichtsperiode bis zum 10. Januar hinausgeschoben werde. Es ist wohl anzunehmen, daß die berechtigten Wünsche der Handelskammer diesmal Erfüllung finden.

* Die Hülfe der Sanitätswache wurde im Laufe der letzten Nacht wiederholt in Anspruch genommen. Ein Schneidermeister ließ sich dort zwei von Messerstichen herrührende Kopfverletzungen verbinden, er gab dabei an, zwei Männer hätten ihn auf dem Jakobikirchhof überfallen und mißhandelt. Zwei Samariter mußten sodann nach dem Bureau des 5. Polizeireviers in der Schallehnstraße entsandt werden, woselbst der Fleischer Karl Wellnitz Schutz gesucht hatte, nachdem er in der Pölitzerstraße schwer mißhandelt worden war. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde W. einem Arzte zugeführt. — Der Töpfer Otto Zick verunglückte heute früh durch Sturz aus einer Droschke und zog sich eine schwere Kopfverletzung zu. Auf der Sanitätswache wurde dem Z. die erste Hülfe zu Theil und suchte er sodann einen Arzt auf.

* Gestern Vormittag wollte der Arbeiter Wilh. Witte aus Marwitz bei Greifenhagen sich in einem Boot nach dem bereits in Fahrt befindlichen Dampfer „Gartz" übersetzen lassen. Im Begriff, auf den Dampfer zu steigen, kam W. zwischen diesen und eine Pfahlgruppe, wurde erheblich gequetscht und fiel ins Wasser. Den im Boot befindlichen Leuten gelang es, den Verunglückten aufzufischen, worauf derselbe an Land und zu einem Arzt gebracht wurde. Dieser konstatirte mehrere Rippenbrüche sowie andere schwere Verletzungen, weshalb ein Transport nicht ungefährlich erschien. Trotzdem bestand W. darauf, nach Hause gebracht zu werden und trat er später mit dem Dampfer „Wörth" die Fahrt nach Greifenhagen an.

* Am Zaun des neben der Blechbude belegenen Grundstücks wurde heute früh die Leiche eines Mannes aufgefunden, welche deutliche Spuren einer begangenen Gewaltthat aufwies. Am Kopfe fanden sich zahlreiche Wunden vor, welche von Schlägen mit einem schweren Stock oder einem anderen derartigen Instrument herrühren. Der Verstorbene wurde als der Schneider Dehnhof rekognoszirt und ergaben die polizeilicherseits angestellten Nachforschungen, daß derselbe sich gestern bis zum späten Abend in der „Blechbude" aufgehalten habe, dann ist er, angeblich wegen einer Zechschuld in Höhe von 20 Pfennig, hinausgeworfen worden und soll er draußen noch in eine Schlägerei gerathen sein. Eine Anzahl von Sistirungen war bereits heute Vormittag erfolgt, doch bleibt abzuwarten, inwieweit gegen einzelne der Verdächtigen sich Belastungsmomente ergeben.

* Der Verein deutscher Kriegsveteranen beging am Sonnabend in den oberen Sälen des Konzert- und Vereinshauses die Feier seines dritten Stiftungsfestes bei überaus zahlreicher Betheiligung von Mitgliedern und Gästen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Landesdirektionssekretär Liebe, würdigte in einer kurzen Ansprache die Bedeutung der Feier und brachte ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus. Sodann erfolgte die feierliche Verpflichtung der neu aufgenommenen Kameraden. Patriotische Lieder, Instrumentalkonzert und Gesangsvorträge, letztere ausgeführt vom „Stettiner Sängerbunde", füllten den Abend auf das angenehmste aus und endlich vereinigte ein Tanz die Festtheilnehmer noch bis zu vorgerückter Stunde in zwangloser Geselligkeit.

* Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in letzter Nacht auf der hiesigen Gasanstalt. Der daselbst beschäftigte Arbeiter Wilh. Rüsch wurde beim Bedienen eines Gasofens von den ausströmenden Dünsten betäubt und stürzte in die glühende Koakesmasse. Mit schweren Brandwunden am ganzen Körper wurde der Aermste hervorgeholt und in das städtische Krankenhaus überführt, doch ist kaum Hoffnung vorhanden, dem Manne das Leben zu erhalten.

* In der Auguststraße (Unterbredow) entstand heute früh um 4 Uhr Feuer und wurde in Folge dessen unsere städtische Feuerwehr allarmirt, der Löschzug kehrte jedoch um, nachdem festgestellt worden war, daß der Brandherd sich außerhalb des Stettiner Weichbildes befinde. Einige Feuerwehrleute wurden zur Hülfeleistung entsandt und berichteten dieselben, daß das vom Feuer ergriffene Gebäude, ein kleines Wohnhaus, fast ganz ausgebrannt sei.

* Der Dieb, welcher hier einem Lehrer aus Finkenwalde die goldene Taschenuhr entwendet hatte, ist in der Person des Zieglers Pietschmann ermittelt und verhaftet worden.

* Aus einem Komtoir im Hause Große Wollweberstraße 56 wurden drei Fenstervorsetzer gestohlen. — Einem auf dem Neubau Klosterhof 27—28 beschäftigten Steinträger kamen dort einige während der Arbeit abgelegten Kleidungsstücke abhanden. — Vom Korridor einer im Hause Bugenhagenstraße 5 belegenen Wohnung wurden verschiedene Frauenkleider entwendet.

— Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im November 1897	53 133,25	Mark,
„ „ 1896	28 181,35	„
1897 mehr	24 951,90	Mark,
bis ult. Oktober 1897 mehr	71 474,50	„
mithin bis ult. Novbr. 1897 mehr	96 426,00	Mark.

Stadttheater.

Eine sehr gelungene Opernvorstellung brachte uns der gestrige Abend, für den Mascagni's „Cavalleria rusticana" und „Das Glöckchen des Eremiten" zur Aufführung bestimmt waren. In der erstgenannten Oper, welche in dieser Spielzeit zum ersten Mal gegeben wurde, vereinigten sich die Herren Hübner (Turridu) und Cords (Alfio) mit den Damen Frl. Vetter (Santuzza), Frl. Felden (Lucia) und Frl. Königsstätter (Lola) zu einem ganz vortrefflichen Ensemble. Auch die Chöre gelangen recht gut, besonders der Osterhymnus, bei dem sich unverkennbar Solisten hatten bereit finden lassen, die Partien hinter der Scene zu singen, solche Aufopferung dient den geschätzten Künstlern zu besonderem Lobe. Herr Erdmann dirigirte und zeigte sich unter seiner Leitung das Orchester auf der Höhe der Situation, so daß wir einigermaßen erstaunt waren, nach dem „Intermezzo" garkeine Zeichen von Beifall zu hören, zumal, da solcher sonst von dem fast ausverkauften Hause reichlich gespendet wurde. In dem „Glöckchen des Eremiten" feierte Frl. Königsstätter als „Rose Friquet" einen kleinen Triumph, der sichtbaren Ausdruck in der Ueberreichung einer kostbaren Blumenspende fand, man kann sich aber für diese Rolle kaum eine bessere Vertreterin denken. Anerkennung verdienen ferner die Herren Krauße (Sylvain), Engelmann (Belamy) und Lange (Thibaut) und Frl. Kersa gab als Georgette so viel sie geben konnte. Herr Drexler dirigirte die Oper mit Umsicht und Geschick. Die Regie des Herrn Thoelke bewährte sich in beiden Stücken vortrefflich. M. B.

Aus den Provinzen.

* **Stargard**, 5. Dezember. Die Verdächtigungen durch anonyme Schreiben ist eine moderne Unsitte geworden, durch welche auch Bewohner unserer Stadt schon wiederholt belästigt sind. Neuerdings sind der Herr Landrath von Glasow und dessen Gattin durch solche Briefe beleidigt worden und hat sich das grundlose Gerücht verbreitet, daß die Gattin eines höheren Militärs die Schreiberin sei, der Gemahl derselben hat nun eine Belohnung von 5000 Mark für den ausgesetzt, der den Thäter so namhaft macht, daß derselbe mit Erfolg zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden kann.

4 **Greifenberg**, 6. Dezember. Eine besondere Ehrung ist einem unserer Kreiseingesessenen, dem Herrn v. Doeringen-Ribbekardt zu Theil geworden. Derselbe gehört dem Garde-Kürassier-Regiment als Rittmeister der Reserve an und wurde zu dem Diner des genannten Offizierkorps am 30. November, an welchem Se. Majestät der Kaiser theilnahm, befohlen. Bei dieser Gelegenheit ernannte Se. Majestät Herrn v. Doeringen zum Major und zeichnete denselben durch eine längere Unterhaltung aus. — Trotz der starken Bauthätigkeit, die hier herrscht und dem Neubau von sechs stattlichen Wohnhäusern in diesem Jahre steigern sich die Miethen doch fortwährend und treten viele Wirthe mit höheren Forderungen an ihre Einwohner heran, die auch durchweg bewilligt werden, da der Zuzug von Familien andauert.

† **Köslin**, 5. Dezember. Am heutigen Tage kann der Rabbiner Herr Joseph Bauer auf eine 40jährige Amtsthätigkeit zurückblicken, davon war er 20 Jahre im Dienste der hiesigen jüdischen Gemeinde thätig.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 6. Dezember. Die Erste Strafkammer des Landgerichts verurtheilte heute den 39 Jahre alten Müller Wilhelm Kaehms aus Schönfeld wegen Diebstahls zu einer Gefängnißstrafe von drei Jahren. Der Angeklagte wohnte im August d. J. hier mit einem anderen Müllergesellen Namens Hermann Willert in der Bergstraße. W. hatte eine Erbschaft von 8000 Mark gemacht und das Geld in Tausendmarkscheinen bei einem hiesigen Rechtsanwalt in Gegenwart des K. ausgezahlt erhalten. Letzterer überredete den W., das Geld nicht, wie dieser wollte, gleich auf die Sparkasse zu tragen, sondern davon lieber gleich etwas auszugeben und der glückliche Erbe trug nun das kleine Kapital in der Tasche mit sich herum. Im Kleinmachen der Scheine entwickelte W. eine überraschende Routine, denn schon nach wenigen Tagen hatte er zwei davon vollständig verputzt, wobei Kaehms wacker mithalf. Am Morgen des 21. August mußte jedoch W. die schmerzliche Entdeckung machen, daß er statt sechs nur noch einen Tausendmarkschein besitze und gleichzeitig mit dem Gelde war auch der „Freund" verschwunden. Letzterer lenkte selbst den Verdacht auf sich durch Geldausgaben, welche zu seinem Verdienst in keinem Verhältniß standen. Der Angeklagte fand es deshalb gerathen, einzuräumen, daß er einen von W. im Bett verlorenen Tausendmarkschein sich angeeignet habe, das Gericht war jedoch überzeugt, daß er die ganzen 5000 Mark gestohlen und von dem Gelde noch etwas bei Seite gebracht habe. Deshalb war auf eine recht erhebliche Strafe erkannt worden.

Kunst und Wissenschaft.

Pest, 5. Dezember. Die Lektüre von Lessings „Nathan der Weise" in den Schulen hat der Unterrichtsminister verboten.

Vermischte Nachrichten.

— [Diebische Zigeuner.] Die Zigeuner haben am Freitag Abend bei dem Bauer Herrmann Voigt in Gr.-Kreutz bei Werder hinter Potsdam ihre Visitenkarte abgegeben. Gestern wurde auf dem Gute das bekannte Weihnachts-Schlachtfest gefeiert. Als sich der Bauer mit seiner Familie und seinen Gästen im Hause bei Wellfleisch und frischer Kesselwurst gütlich that, wurden ihm draußen auf dem zur Zeit unbewachten Hofe zwei Pferde aus dem Stalle gestohlen und zwar von vier Stück die beiden besten, eine sechsjährige Stute im Werthe von 1500 und ein achtjähriger Wallach im Werthe von 1200 Mark. Es war Abends gegen 9 Uhr, als der Diebstahl entdeckt wurde, und zwar geschah dies dadurch, daß die Stute im Galopp zaum- und zügellos auf den Hof kam. Augenscheinlich war das Thier den Dieben echappirt. Der Vater und seine zwei Söhne machten sich sofort auf; ersterer verfolgte die Spur der Diebe, die Söhne fuhren nach Potsdam, Charlottenburg und Berlin, um hier den Diebstahl zu melden. Gestern traf in Berlin bereits das Telegramm ein, daß einer der Diebe (das Mitglied einer Zigeunerbande) mit dem gestohlenen Pferde in Potsdam ergriffen worden sei.

— [Auf der Brautjagd.] Was für Mittel heutzutage junge Männer anwenden, um zu einer Braut zu kommen, zeigt folgender Fall. Die Tochter eines Berliner Fabrikanten und ein mit der Familie bekannter junger Mann hatten sich lieben gelernt. Ein Arzt hielt sich selbst für eine bessere Partie für die Fabrikantentochter und so rüstete er denn seine Wirthin mit Brief und Photographie wohl aus und sandte sie an die Mutter des Mädchens, daß sie ihr die Bedeutung eines Arztes im Allgemeinen und seiner Persönlichkeit im Besonderen ins rechte Licht rücke. Die Mutter sollte dann auf ihren Mann und beide vereint auf die Tochter einwirken. Die gute Wirthin erkannte zu spät, daß sie eine sehr undankbare Rolle übernommen hatte; sie merkte es erst, als sie plötzlich wieder auf der Straße stand, wohin ihr der Sendbrief und das Bild des verliebten Mediziners nachflogen.

— Mit 93 000 Mark ist ein Prokurist und Buchhalter Thomas aus Bremen durchgebrannt, der dort für große Exportgeschäfte thätig war. Er hatte in Bremen die Bekanntschaft eines Mädchens der Berliner Halbwelt gemacht, und man vermuthet, daß sie ihn zu den Unterschlagungen verleitet hat. Die Erwartung, daß sie nach Berlin zu ihren beiden Schwestern zurückkehren werde, ist nicht eingetroffen. Thomas hat mit ihr wahrscheinlich den Weg ins Ausland gefunden.

Breslau, 5. Dezember. Gegen den hier wohnenden, durch Annoncen in süd- und westdeutschen Blättern bekannten Inhaber der Privat-Sparkasse, Namens Coranius, in Firma „Schlesisches Kredit- und Hypotheken-Bankgeschäft", welcher seinen Spargeldeinlegern Darlehen versprach und dies Versprechen vielfach nicht einlöste, wohl aber Gebühren und Spesen einzog, wurde, wie der „Bres. Gen.-Anz." berichtet, ein Strafverfahren wegen Wuchers eingeleitet. Coranius ist verhaftet.

Laun, 4. Dezember. Gestern vor Mitternacht explodirte vor dem Geschäftslokale eines jüdischen Einwohners eine mit Schießpulver gefüllte Rakete, ohne jedoch Schaden anzurichten. Drei Personen wurden als die Thäter festgenommen, einer der Verhafteten ist geständig.

Newyork, 4. Dezember. Die Nachrichten von Klondyke sind höchst traurig. Der amerikanische Briefträger Brauer, der am 27. September von den Goldfeldern abreiste, spricht sich über die dortige Lage wie folgt aus: „Ich sehe nur ein Mittel der Rettung für die jetzt in Dawson City befindlichen Bergleute: die furchtbare, 400 englische Meilen lange Reise trotz des Winters nach Fort Yukon zu versuchen. Eine entsetzliche Hungersnoth steht für Alle bevor, die nicht vor dem Frühling Dawson City verlassen. Als ich von dort abreiste, hatten die meisten Lebensmittel für vier Monate, manche aber nicht für einen Monat. Ende September zahlte man für ein Beefsteak schon 2,25 Dollar. In den letzten Tagen meines Aufenthalts in Klondyke forderte der Verwalter der Alaska-Handelsgesellschaft Alle, die nicht Lebensmittel für den ganzen Winter besäßen, auf, ungesäumt fortzuziehen." Die amerikanische Regierung geht mit dem Plane um, den hungernden Bergleuten in Klondyke Lebensmittel zu senden. Die meisten Bergleute sind Amerikaner.

Bankwesen.

Paris, 4. Dezember. Bankausweis
Baarvorrath in Gold Franks 1 959 688 000, Abnahme 5 653 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 209 730 000, Zunahme 32 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 892 596 000, Zunahme 108 182 000.
Notenumlauf Franks 3 732 664 000, Zunahme 40 768 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 501 874 000, Zunahme 34 382 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 291 360 000, Zunahme 3 348 000.
Gesamt-Vorschüsse Franks 379 187 000, Zunahme 13 768 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 8 872 000, Zunahme 589 000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 84,88 Prozent.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Dezember. Wetter: Trübe. Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 768 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 36,30 bez.

Berlin 6. Dezember. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 38,00 loco, 50er amtlich 57,10.

London, 6. Dezember. Wetter: Regen.

Berlin, 6. Dezember. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	102,70
do. do. 3½%	102,80
do. do. 3%	97,50
Deutsche Reichsanl. 3%	97,10
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,30
do. do. 3%	91,89
do. Neuländ. Pfdbr 3½%	100,00
3% neuländ. Pfandbriefe	91,60
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,60
do. 3%	91,70
Italienische Rente	94,80
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,25
Ungar. Goldrente	103,40
Rumän. 1881er am. Rente	100,90
Serbische 4% 95er Rente	65,20
Griech. 5% Goldr. v. 1890	32,50
Rum. amort. Rente 4%	91,90
Mexikan. 6% Goldrente	96,50
Oesterr. Banknoten	169,20
Russ. Banknoten Cassa	216,95
do. do. Ultimo	217,00
Gr. Russ. Zollcoupons	323,60
Französische Banknoten	80,85
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	94,50
do. (100) 4%	91,80
do. (100) 4%	91,00
do. unkd. b. 1905 (100) 3½%	—,—
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Vulc.-At. Littr. B.	172,95
Stett. Vulc.-Prioritäten	173,40
Stettiner Straßenbahn	148,75
Petersburg kurz	215,80
Warschau kurz	216,05

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berliner Dampfmühlen	136,00
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	98,75
„Union", Fabrik chem Produkte	122,00
Barziner Papierfabrik	197,25
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	197,25
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,75
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,50
Stett. Stadtanleihe 3½%	99,75

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	200,75
Berliner Handels-Gesellsch.	174,50
Oesterr. Credit	22.,10
Dynamite Trust	176,90
Bochumer Gußstahlfabrik	201,90
Laurahütte	176,75
Harpener	189,00
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	204,00
Dortm. Union Littr. C.	96,00
Ostpreuß. Südbahn	94,60
Marienburg-Mlawkabahn	82,75
Norddeutscher Lloyd	102,60
Lombarden	34,80
Franzosen	142,75
Luxemb. Prince-Henribahn	111,00

Tendenz: Behauptet.

Paris, 4. Dezember, Nachm. (Schlußkourse.) Fest.

	4.	3.
3% Franz. Rente	104,00	103,95
5% Ital. Rente	96,35	96,15
Portugiesen	20,70	20,70
Portugiesische Tabaksoblig.	475,00	475,00
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	66,90	—,—
3½% Russ. Anl.	101,20	101,10
3% Russen (neue)	94,65	94,50
4% Serben	66,75	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	61,25	61,25
Convert. Türken	22,15	22,07
Türkische Loose	111,30	112,50
4% türk. Pr.-Obligationen	463,00	462,00
Tabacs Ottom.	326,00	326,00
4% ungar. Goldrente	—,—	104,87
Meridional-Aktien	698,00	696,00
Oesterreichische Staatsbahn	732,00	730,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3775	—,—
B. de Paris	872,00	873,00
Banque ottomane	586,00	586,00
Credit Lyonnais	793,00	794,00
Debeers	741,00	734,00
Langl. Estat.	104,00	104,00
Rio Tinto-Aktien	629,00	628,00
Robinson-Aktien	211,50	210,00
Suezkanal-Aktien	3274	3270
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,68	206,68
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	122,37
do. auf Italien	4,25	4,62
do. auf London kurz	25,21½	25,20½
Cheque auf London	25,23½	25,22½
do. auf Madrid kurz	371,40	372,00
do. auf Wien kurz	207,87	207,87
Huanchaca	41,00	35,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 4. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 29,25, per März 30,25, per Mai 30,75, per September 31,25.

Hamburg, 4. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember 9,00, per Januar 9,07½, per Februar 9,17½, per März 9,22½, per Mai 9,35, per Juli 9,47. Abgeschwächt.

Bremen, 4. Dezember. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 4,95 B. Schmalz fest. Wilcox 24 Pf., Armour shield 24¾ Pf., Cudahy 26 Pf., Choice Grocery 26 Pf., White label 26 Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko unveränd. Reis unverändert.

Wien, 4. Dezember. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 11,89 G., 11,90 B. Roggen per Frühjahr 8,84 G., 8,86 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 5,77 G., 5,78 B. Hafer per Frühjahr 6,81 G., 6,82 B.

Amsterdam, 4. Dezember. Bancazinn 37,75.

Amsterdam, 4. Dezember. Java-Kaffee good ordinary 36,00.

Amsterdam, 4. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftslos, per März —,—, per Mai —,—. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine —, per März —,—, per Mai —,—, per Juli —,—. Rüböl loko —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 4. Dezember. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Antwerpen, 4. Dezember, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14,75 bez. u. B., per Dezember 14,75 B., per Januar 15,00 B. Ruhig.

Schmalz per Dezember 53,00. Margarine ruhig.

Paris, 4. Dezember, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 27,50 bis 28,00. Weißer Zucker behauptet auf Käufe für fremde Rechnung, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 30,50, per Januar 30,75, per März-Juni 31,37, per Mai-August 31,75.

Paris, 4. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Dezember 30,65, per Januar 30,25, per Januar-April 29,80, per März-Juni 29,20. Roggen ruhig, per Dezember 18,50, per März-Juni 19,00. Mehl beh., per Dezember 62,85, per Januar 62,75, per Januar-April 62,55, per März-Juni 61,95. Rüböl ruhig, per Dezember 59,50, per Januar 59,50, per Januar-April 59,75, per Mai-August 58,00. Spiritus beh., per Dezember 44,50, per Januar 44,00, per Januar-April 43,75, per Mai-August 43,00. — Wetter: Kalt.

Havre, 4. Dezember, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Dezember 36,25, per Januar 36,50, per März 37,00. Behauptet.

London, 4. Dezember. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 33 110, Gerste 23 570, Hafer 51 180 Quarters.

London, 4. Dezember. 96proz. Javazucker 10,75 ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9 1/16 Verk. Centrifugal-Kuba —.

Liverpool, 4. Dezember. Getreidemarkt. Weizen ½ d. höher, Mais ruhig aber stetig, Mehl fest. — Wetter: Schön.

Newyork, 4. Dezember, Abends 6 Uhr.

	4.	3.
Baumwolle in Newyork	5,87	5 13/16
do. Lieferung per Januar	—,—	5,73
do. Lieferung per März	—,—	5,82
do. in Neworleans	5,25	—,—
Petroleum, raff. (in Cases)	5,95	5,95
Standard white in Newyork	5,40	5,40
do. in Philadelphia	5,35	5,35
Credit Balances at Oil City Jan.	65,00	65,00
Schmalz Western steam	4,47½	4,45
do. Rohe und Brothers	4,75	4,75
Zucker Fair refining Moscovados	3,37	3 5/16
Weizen stetig.		
Rother Winterweizen loko	97,75	97,50
per Dezember	96,00	96,25
per Januar	96,00	96,25
per März	—,—	—,—
per Mai	92,25	92,75
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,37	6,37
per Januar	5,65	5,65
per März	5,80	5,80
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,85	3,85
Mais stetig,		
per Dezember	30,87	31,00
per Januar	—,—	—,—
per Mai	33,62	33,62
Kupfer	10,90	10,75
Zinn	13,75	13,75
Getreidefracht nach Liverpool	4,00	4,00

Chicago, 4. Dezember.

	4.	3.
Weizen stetig, per Dezember	95,00	95,00
per Januar	89,75	90,50
Mais stetig, per Dezember	25,00	24,87
Pork per Dezember	7,27½	7,15
Speck short clear	4,50	4,50

Wollberichte.

London, 4. Dezember. Nebels halber keine Wollauktion.

Wasserstand.

* **Stettin**, 5. Dezember. Im Revier 5,67 Meter = 18′ 1″.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 6. Dezember. Der Kaiser empfing gestern Mittag das Präsidium des Reichstags.

— Der gestern aus Pest hier eingetroffene Graf Eugen Zechy, auf dessen Besitzungen Kaiser Wilhelm I. oft weilte, wird heute vom Kaiser empfangen werden.

— Nach einer Meldung aus Teneriffa ist der Afrikaforscher Dr. Eugen Zintgraff am 4. d. M. auf der Heimreise am Malariafieber gestorben.

— Wie dem „B. T." aus Kiel gemeldet wird, hat sich zur Betheiligung an der Expedition der Marine-Infanterie nach der Kiautschau-Bucht eine größere Anzahl von Angehörigen des Landheeres als Freiwillige gemeldet. Etwa 120 aus der Zahl dieser Freiwilligen werden dem ersten Seebataillon einverleibt werden.

Frankfurt a. M., 6. Dezember. Aus Konstantinopel wird der „Frkf. Ztg." berichtet: In der letzten Konferenz der Botschafter wurden die Verhandlungen, betreffend die Gouverneur-Kandidatur für Kreta mit der montenegrinischen Regierung fortgesetzt.

Wien, 6. Dezember. Der Stand der innerpolitischen Situation hat sich ein wenig gebessert. In der gestern Abend bis 6 Uhr dauernden Konferenz, welche Ministerpräsident von Gautsch mit den Obmännern der vereinigten Linken gehabt, zeigten sich die Letzteren äußert nachgiebig gestimmt. Heute wird Gautsch mit den Obmännern der Rechten konferiren und morgen soll die Entscheidung fallen.

Paris, 6. Dezember. Die Studentenschaft plant morgen während der Senatssitzung Demonstrationen gegen Scheurer-Kaestner, vor dem Wohnhause Zola's und vor der Redaktion des „Figaro".

Madrid, 6. Dezember. Die neuesten Nachrichten aus Havanna melden, daß die Verkündigung der Autonomie einen guten Eindruck auf die Bewohner gemacht habe.

Die Botschaft Mc Kinley's an den Kongreß enthält nichts Feindliches gegen Spanien.

Man glaubt, daß die Wahlen im Februar stattfinden werden.

Tanger, 6. Dezember. Die Häuptlinge der Riffpiraten haben eine Note an den spanischen Minister gerichtet, in welcher sie versprechen, die europäischen Schiffe nicht mehr anzugreifen.